

Presseinformation vom 6. Juli 2023

## Die Entwertung des Fachs Wirtschaft und Recht muss verhindert werden! Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland kritisiert Überlegungen zur Kürzung der Stundentafel für das Fach Wirtschaft und Recht an Thüringer Gymnasien

Anlässlich der jüngsten Diskussionen und Presseberichte über eine mögliche Änderung des Thüringer Schulgesetzes, wonach eine Reduzierung der Stundenzahl im Fach Wirtschaft und Recht sowie eine Wahlpflicht zwischen den Fächern Sozialkunde, Geographie und Wirtschaft und Recht ab der 10. Klasse vorgesehen ist, fordert die Co-Vorsitzende des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB), Verena von Hugo, den Thüringer Bildungsminister Helmut Holter dazu auf, die Reformpläne zu stoppen: „Die jüngst bekannt gewordenen und unserem Bündnis von der Thüringer Lehrplankommission Wirtschaft und Recht zugetragenen Überlegungen des Bildungsministeriums, die Stundenzahl im Fach Wirtschaft und Recht zu kürzen, sind ein besorgniserregender Irrweg! Das Fach Wirtschaft und Recht ist ein wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil der ökonomischen Allgemeinbildung an den Thüringer Gymnasien. Es vermittelt den Schülerinnen und Schülern wichtige wirtschaftliche Kenntnisse und rechtliche Grundlagen, die sie auf ein selbstbestimmtes Leben in einer immer komplexeren Welt vorbereiten und sie dabei unterstützen, fundierte Entscheidungen zu treffen, Zusammenhänge zu verstehen und sich als mündige Verbraucherinnen und Verbraucher zu behaupten. Ebenso stärkt das Fach Wirtschaft und Recht die Mündigkeit der Wählerinnen und Wähler. Fehlende Ökonomische Bildung benachteiligt insbesondere Frauen und sozial Benachteiligte.\* Eine Kürzung der Stundentafel für das Fach Wirtschaft und Recht hätte katastrophale Folgen für die Zukunft der jungen Menschen. Das kann und darf nicht im Sinne des Bildungsministers sein!“.

### Das Fach Wirtschaft und Recht muss gestärkt, nicht degradiert werden!

Sven Schumann, Co-Vorsitzender des BÖB: „Das Fach Wirtschaft und Recht darf unter keinen Umständen zu einem Wahlpflichtfach ab der 10. Jahrgangsstufe degradiert werden. Ganz im Gegenteil, es sollte im Interesse der jungen Menschen weiter gestärkt und ausgebaut werden. Gleiches gilt im Übrigen auch für die Fächer Sozialkunde und Geographie. Hier soll eindeutig an den falschen Stellschrauben gedreht werden!“.

Die Ergebnisse der vom Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg (IÖB) im Auftrag der Flossbach von Storch Stiftung erhobene OeBiX-Studie zum Stand der Ökonomischen Bildung an allgemeinbildenden weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I und II sowie an Hochschulen in Deutschland, in deren Gesamtindex sich [Thüringen im unteren Mittelfeld](#) befindet, zeigten zudem eindeutig, dass die Ökonomische Bildung in der gymnasialen Mittelstufe im Vergleich zu etablierten

Nebenfächern überhaupt nicht gut abschneidet, da im Pflichtbereich für die Ökonomische Bildung aktuell lediglich zwei Kontingentstunden zur Verfügung stehen.

„Das Pflichtfach Wirtschaft und Recht an den Thüringer Gymnasien umfasst immerhin noch einen Anteil an ökonomischen Inhalten von zwei Dritteln. Allerdings ist es nach den Angaben der Lehrplankommission Wirtschaft und Recht bereits damit kaum möglich, die im Lehrplan vorgesehenen Inhalte im Rahmen der geltenden Stundentafel angemessen zu vermitteln. Andere gesellschaftswissenschaftliche Fächer sowie die Naturwissenschaften sind demgegenüber deutlich besser verankert. Über weitere Stundenkürzungen nachzudenken und das Fach Wirtschaft und Recht zusammen mit den ebenfalls bedeutsamen Fächern Sozialkunde und Geographie in den Wahlpflichtbereich ab Klasse 10 zu verlagern, ist daher ein völlig falscher Ansatz, vor dem wir eindringlich warnen und den wir entschieden ablehnen“, so Prof. Dr. Dirk Loerwald, Wissenschaftlicher Leiter der OeBiX-Studie, Geschäftsführer des IÖB und BÖB-Vorstandsmitglied.

Die Ergebnisse der OeBiX-Studie mit allen wichtigen Erhebungskategorien – detailliert für das Bundesland Thüringen:

<https://www.flossbachvonstorch-stiftung.de/de/oebix-studie/thueringen/>

\* vgl. Lusardi, A., & Mitchell, O. S. (2023). [The Importance of Financial Literacy: Opening a New Field](#) (No. w31145). National Bureau of Economic Research.

#### Pressekontakt bei Rückfragen

Sylvia Hüls | Dr. David Wawrzinek

E-Mail: [presse@boeb.net](mailto:presse@boeb.net)

Tel.: 0160 9956 3013 | 0176 2340 5861

---

#### Über das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB)

Das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland ist eine von über 100 überwiegend institutionellen Mitgliedern getragene gemeinnützige Initiative aus Lehrkräften, Verbänden, Wissenschaft und Wirtschaft. Wir setzen uns für eine Verankerung ökonomischer Bildung in allen weiterführenden Schulen in Deutschland ein – in angemessenem Umfang, fundiert vermittelt und verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler. Um dieses Ziel zu fördern, machen wir uns für eine bessere fachbezogene Qualifizierung der Lehrkräfte stark und vernetzen die Akteure der ökonomischen Bildung in Deutschland untereinander.